



Antrag

der Abgeordneten **Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Wir fordern die Staatsregierung auf, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Transparenz hinsichtlich der Anzahl per Flugzeug einreisender Asylbewerber umgehend wiederherzustellen und die Blockade- und Geheimhaltungspolitik des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer unverzüglich zu beenden!

Begründung:

Seit 2017 erhebt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Daten von Asylbewerbern bzgl. ihrer Einreise. Unter anderem wird abgefragt, mit welchem Verkehrsmittel und auf welcher Route die Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Dabei waren laut dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Jahr 2017 etwas „weniger als ein Drittel der befragten Schutzsuchenden ... mit dem Flugzeug nach Deutschland eingereist“. Auch das Land des letzten Abfluges wird neuerdings in diesem Zusammenhang erfragt.

Während eine Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Leif-Erik Holm von 2017 zu diesen Sachverhalten noch beantwortet wurde, verweigerte die Bundesregierung im März dieses Jahres mit „Hinblick auf das Staatswohl“ eine erneute Herausgabe der aktuellen Zahlen. Diese werden nun als geheime Verschlussache „(VS) – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft.

Eine solche Informationspolitik ist nicht hinnehmbar. Wie sollen angemessene politische Willensbildung und Entscheidungsfindungsprozesse in einem gesellschaftlich so relevanten Bereich wie der Asylpolitik auf der Basis des Fehlens entscheidender Informationen stattfinden? Es ist aus guten Gründen im Interesse der einheimischen Bevölkerung und der Öffentlichkeit zu wissen, wer in welcher Anzahl und auf welchem Wege nach Deutschland einreist.

Zum einen ist die Asylkrise keinesfalls, wie etwa die Bundesregierung glauben machen will, bewältigt: Immer noch werden pro Monat durchschnittlich weit mehr als 10.000 Asylanträge gestellt. Allein im Januar 2019 waren es 17.051.

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2019/20190219-asylgeschaeftsstatistik-januar.html>

Hinzu kommt, dass die Mehrzahl der Ausreisepflichtigen nach wie vor „geduldet“ wird. Von den 241.932 Personen, die zum Stichtag 31. März vollziehbar ausreisepflichtig waren, verfügten 185.732 über eine Duldung, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Lars Herrmann hervorgeht.

[\(https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2019/zahl-der-geduldeten-auslaender-auf-hoehchststand/\)](https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2019/zahl-der-geduldeten-auslaender-auf-hoehchststand/)

Auch die Zahl der freiwillig Ausreisenden ist rückläufig. Zudem reisen eine Reihe von Personen, nachdem sie die „Rückkehrprämie“ in Anspruch genommen haben, später erneut nach Deutschland ein.

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2019/trotz-ausreisegeld-kommen-zahlreiche-asylbewerber-zurueck/>

Vor diesem Hintergrund gilt es zu bedenken: Nur wenn es Einwanderern gelingt, unregistriert durch europäische Drittländer zu reisen, haben sie Anrecht auf ein Asylverfahren in Deutschland. Jeder, der zuvor einen Asylantrag in einem anderen Land der EU gestellt hat, könnte von den deutschen Behörden abgewiesen und dorthin zurückgeschickt werden!

Wie aber kommen Asylsuchende ohne Papiere oder Visa eigentlich in ein Flugzeug? Welche Staaten winken an den Flughäfen einfach durch? Haben sich die Flüchtlingsrouten möglicherweise verändert? Welche europäischen Partnerländer lassen eventuell weiterhin Flüchtlinge ungehindert nach Deutschland weiterreisen?

Die Beantwortung all dieser Fragen könnte dabei helfen, die Anzahl unberechtigter Asylanträge durch konsequente Zurückweisung nicht anspruchsberechtigter Einreisender zu verringern und somit zur Entlastung von Behörden und Sozialkassen beizutragen.

Es gibt zum anderen aber auch profunde sicherheitspolitische Bedenken gegen die gegenwärtige Geheimhaltungspraxis: Gerade der Personenkreis, welcher in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) als „Zuwanderer“ erfasst wird, ist in bestimmten Deliktbereichen überrepräsentiert. Bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung, Raubdelikten sowie Vergewaltigung und sexueller Nötigung stellt diese Gruppe jeweils etwas mehr als 15 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen. Ihr Anteil an der Bevölkerung liegt aber nur bei rund zwei Prozent.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article181506934/BKA-Zahlen-Asylzuwanderer-bei-Toetungsdelikten-ueberrepraesentiert.html>

Zudem werden mehr und mehr Deutsche Opfer von Gewalt durch Zuwanderer.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article191584235/BKA-Lagebild-Gewalt-von-Zuwanderern-gegen-Deutsche-nimmt-zu.html>

Die Geheimniskrämerei der Bundesregierung verhindert also nicht nur ein effektiveres Management der nach wie vor schwelenden Asylkrise, sie stellt auch ein potenzielles Sicherheitsrisiko für die deutschen Bürger dar!